



JA zum Planungskredit für die Sanierung der Schulanlage Hinterkappelen Dorf

Ein jahrzehntealtes Thema, welches die Politik und andere betroffene Kreise schon lange beschäftigt, geht nun in eine entscheidende nächste Phase: Das Ausarbeiten eines Sanierungsprojektes für die Schulanlage Hinterkappelen Dorf. Es ist überfällig, dass wir dieses Projekt nun an die Hand nehmen und für die OberstufenschülerInnen, die Lehrerschaft und weitere Nutzergruppen eine gesamtneuere und zukunftsgerichtete Schulanlage bereitstellen. Dies gehört zum Kerngeschäft einer Gemeinde. Die Gesamtanlage aus den frühen 1970er Jahren ist bis auf ein saniertes Schulgebäude demodiert, energetisch problematisch und genügt räumlich/infrastrukturell nicht mehr den heutigen Anforderungen an eine moderne Schule. Ausserdem entsprechen die Gebäude nicht mehr den heutigen Sicherheitsanforderungen (e.g. Brandschutz). Dies hätte ohnehin grössere Investitionen zur Folge. Sofern der Planungskredit angenommen wird, muss für die weitere Projektbearbeitung die Bestellung geschärft werden. Es ist eine klare Trennung vom Wünschbaren zum Notwendigen vorzunehmen und das zu planen und zu realisieren, was die Gemeinde finanziell tragen kann. Die Schulgebäude weisen erhebliches Potential zur Sanierung auf. Die

Vernichtung von verwertbarer Substanz (e.g. Abbruch) ist wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen und zu vermeiden.

Auch der bautechnische Umgang mit dem bestehenden Hallenbad und der Turnhalle ist genau zu prüfen. In welcher Form Erweiterungsbauten notwendig sind, muss der Planungsprozess aufzeigen. Auch hier gilt «weniger ist mehr». Es ist heute selbstverständlich, dass auch Sanierungsprojekte Nachhaltigkeitszielen entsprechen. Das Projekt soll sich an diesen Zielen orientieren. Ob ein Zertifikat (zb. Minergie P-eco) sinnvoll ist, soll der Planungsprozess aufzeigen. Über allem schwebt das finanzpolitische Damoklesschwert (keine Steuererhöhungen). Oberste Priorität hat deshalb die Kostensicherheit und der damit verbundene Prozess «Design to Budget».

Es ist sicherlich eines der grössten Projekte der kommenden Jahre für die Gemeinde. Der Gemeinderat hat deshalb eine nicht ständige Kommission ins Leben gerufen, welche das Projekt plant und umsetzt. Als Präsident dieser Kommission setze ich mich für ein finanziell tragbares und in all seinen Aspekten nachhaltiges Projekt ein.

Patrick Vogel, Präsident FDP Wohlen

Abschluss 2022: Besser als erwartet

Mit dem Rechnungsabschluss 2022 schaffen wir die nötigen Reserven für die grossen Infrastrukturvorhaben.

Budgetiert war ein Ertragsüberschuss von rund 900'000. Das Ergebnis ist ein Gewinn von 2.3 Mio. Wieder einmal zu pessimistisch budgetiert? Nein.

Tatsache ist, dass die Einkommenssteuern der natürlichen Personen um 1 Mio tiefer ausfielen als geplant. Kompensiert wurden diese Mindereinnahmen durch geringere Ausgaben im Lastenverteiler Sozialwesen sowie deutlich höhere Einnahmen aus Sonderveranlagungen (Steuern auf Kapitalbezügen aus Pensionskassen), Vermögens- und Grundstücksgewinnsteuern, die wohl nicht jedes Jahr so üppig fließen dürften.

Im Ergebnis ist ein ausserordentlicher Ertrag von 1,8 Mio aus der Neubewertung der Liegenschaften des Finanzvermögens enthalten. Ohne diesen Effekt schmilzt der Überschuss auf rund 500'000 zusammen. Dieser ist jedoch geringer als die oben genannten Sondereffekte zusammengezählt. Schaut man unter die glänzende Oberfläche, dürfte sich die Stirn etwas runzeln.

Eigenkapital als willkommene Reserve

Aus diesen Gründen mahnen wir zu Vorsicht. Die Einkommenssteuern werden nur schleppend zunehmen. In einigen Jahren sind enorme Investitionen in die Schulanlagen zu stemmen. Das respektable Eigenkapital schafft die nötigen Reserven, um die Defizite der kommenden Jahre aufzufangen. In der Budgetierung der laufenden Ausgaben ist jedoch nach wie vor Bescheidenheit angesagt.

Eine gute Lösung für die Bibliothek

Der Anschluss an die Kornhausbibliothek sichert den Weiterbestand dieser beliebten Institution und dient allen Nutzern von Wohlen.

Der Verbund der Kornhausbibliotheken betreibt nebst den vielen Standorten in Bern auch die Bibliotheken von Bremgarten, Ittigen, Muri, Münchenbuchsee, Münsingen, Ostermundigen, Worb und Zollikofen. Ein Anschluss der Bibliothek Wohlen an diesen Verbund erscheint deshalb einsichtig, können wir doch von einem umfassenden Angebot und einer modernen Infrastruktur profitieren. Angesichts der personellen Engpässe, besonders bei der Ludothek, ist diese Lösung sinnvoll und zukunftsgerichtet.

Der Standort Hinterkappelen bleibt bestehen. Indem sie Zugang zum ganzen Angebot der Kornhausbibliothek erhalten, profitieren die Nutzerinnen und Nutzer von einem deutlich grösseren Medienangebot und der flexiblen Abholung und Rückgabe an allen Standorten des Verbunds. Regionale Anlässe wie Lesungen und Podiumsdiskussionen können weiterhin unabhängig veranstaltet werden.

Die FDP Wohlen empfiehlt, diesem Zusammenschluss zuzustimmen.

Parolenspiegel

für die Gemeindeversammlung vom 20. Juni

- ✓
JA zum Planungskredit für die Sanierung der Schulanlage Hinterkappelen Dorf
- ✓
JA zum Anschluss der Gemeindebibliothek an die Kornhausbibliothek
- ✓
JA zum Rechnungsabschluss 2022



Die Aufweichung der Schuldenbremse schwächt die finanzpolitische Disziplin des Kantons und gehört abgelehnt.

Worum geht es

Am 18. Juni 2023 stimmt die Berner Bevölkerung unter anderem über eine Änderung der Kantonsverfassung mit der Anpassung bei der Schuldenbremse ab. Die gültige Schuldenbremse verpflichtet den Kanton, Überschüsse in der Erfolgsrechnung sofort und vollständig zum Schuldenabbau zu verwenden. Mit der vorliegenden Änderung sollen die erwirtschafteten Überschüsse aus den Vorjahren zur Finanzierung von Investitionen verwendet werden können.

Rückblende

Das Vorhaben erinnert an die «Fonds-Debatte» im Grossen Rat vor vier Jahren, als der Regierungsrat einen sogenannten Investitionsfonds aus allfälligen

Überschüssen der laufenden Rechnung speisen wollte, vorbei an der Schuldenbremse, die eben verlangt, diese Überschüsse zur Tilgung der Schulden zu verwenden. Der Grosse Rat hat das Vorhaben damals zu Recht beerdigt. Nun nimmt der Kanton innert kurzer Zeit auf Antrag desselben Grossen Rates einen neuen Anlauf in gleicher Sache, um die Überschüsse aus den Vorjahren unter einem anderen Titel zur Finanzierung von Investitionen verwenden zu können.

Die Aufweichung der Schuldenbremse ist unnötig

Aus Sicht der FDP hat sich die Schuldenbremse bewährt – sie wirkt disziplinierend auf die Ausgaben- und Haushaltspolitik. Die Grundlagen wurden in den 1990er Jahren eingeführt, als die Kantonsfinanzen arg in Schieflage geraten sind. Dank der Schuldenbremse konnte die missliche Lage damals verbessert werden.

Die Verwässerung des bewährten Instrumentes der Schuldenbremse ist auch deshalb unverständlich, weil bisher nie zu wenig Geld für Investitionen vorhanden war. Im Gegenteil, das Investitionsbudget wurde wegen Verzögerungen bei Projekten kaum je ausgeschöpft. Ausserdem bietet die bestehende Schuldenbremse genügend Flexibilität, um mit einem 3/5 Quorum im Grossen Rat in Ausnahmefällen einen Finanzierungsfehlbetrag zu billigen. Es ist ausserdem absehbar, dass eine Aufweichung der Schuldenbremse neue Begehrlichkeiten wecken wird.

JA zur OECD-Mindeststeuer

Nur mit einem JA zur OECD-Steuerreform behalten wir die zusätzlichen Steuereinnahmen in der Schweiz.

Mehr als 130 Staaten haben sich geeinigt, eine Mindestbesteuerung von 15% auf Gewinnen internationaler Grossunternehmen einzuführen. In der Schweiz betrifft das gut 200 inländische Unternehmen und etwa 2'000 ausländische Tochtergesellschaften. Mit der vom Parlament beschlossenen Reform bezahlen die betroffenen Unternehmen ihre zusätzlichen Steuern in der Schweiz, im Gegenzug werden die Firmen vor Zusatzbesteuerung im Ausland geschützt.

Eine Lösung der Vernunft

Die Schweiz hat die Mindestbesteuerung nicht gesucht. Hält sich die Schweiz nicht daran, dürfen andere Länder die fehlende Besteuerung der Unternehmen vornehmen. Bezahlen müssen die betroffenen Unternehmen die Ergänzungssteuer also in jedem Fall. Wird sie nicht in der Schweiz erhoben, verschenken wir diese Gelder ans Ausland. Damit diese Gelder die Schweiz nicht verlassen, führen wir eine nationale Ergänzungssteuer ein. Mit dem schweizerische Umsetzungsprojekt bleiben diese

Einnahmen somit in der Schweiz. Es ist deshalb vernünftig, dieser Lösung zuzustimmen. Seltsamerweise wird die Vorlage von der SP bekämpft, obwohl diese stets eine Höherbesteuerung von Grosskonzernen gefordert hat. Die Genossen vollführen dabei mit sachlich falschen Argumenten und der staatspolitisch fragwürdigen Idee, man könne nach einem Nein die gleiche Vorlage leicht verbessern und kurzfristig dem Volk nochmals vorlegen, einen argumentativen Purzelbaum.

Standort Schweiz weiter stärken

Die Schweiz hat eine starke Wirtschaft. Dies ist nicht zuletzt auf die niedrigen Steuersätze zurückzuführen, nicht nur für natürliche Personen, sondern auch für Unternehmen. So ist die Schweiz zu einem attraktiven Land für internationale Unternehmen geworden. Diese leisten einen überproportional grossen Beitrag zu unserer Wirtschaft und unserem Wohlstand. Die OECD-Mindestbesteuerung greift also einen wichtigen Standortvorteil der Schweiz an. Setzen wir die Reform jedoch nicht um, können andere Staaten Steuergelder von den betroffenen Unternehmen einziehen. Damit würden wir auf Steuereinnahmen zugunsten anderer Staaten verzichten, statt diese zur Aufrechterhaltung der Standortattraktivität zu verwenden.

Deshalb: JA zu der OECD-Steuerreform.

Quellen: FDP Schweiz, Der Freisinn 2/2023

Finanzstabilität ist vorrangig

Für die FDP ist diese Anpassung unnötig und schädlich. Sie verhindert den bei steigenden Zinsen notwendigen Schuldenabbau ebenso wie eine zurückhaltende Ausgabenpolitik. Die Zinsenlast nimmt derzeit angesichts der Massnahmen der Notenbanken zu. Die langfristige Finanzstabilität des Kantons ist gegenüber kurzfristigen Investitionsimpulsen vorzuziehen.

Unsere Altersvorsorge Wohin?

Referate und Podium anschliessend Apéro

31.8.2023, 1900 Uhr
Kipferhaus

Reservieren Sie den Termin in Ihrer Agenda!



1. August-Feier

Ein gemeinsamer Anlass der
Wohler Ortsparteien
FDP, GLP, SPplus und SVP

Ab 1100 Uhr vor dem Domicil in
Hinterkappelen.

Parolenspiegel

für die kant. & eidg. Abstimmungen vom 18. Juni

- NEIN** zu den Anpassungen bei der Schuldenbremse
- NEIN** zur Volksinitiative «Für eine kantonale Elternzeit»
- JA** zur OECD-Mindeststeuer (eidg. Vorlage)
- JA** zum Klimaschutzgesetz (eidg. Vorlage)
- JA** zum COVID-19-Gesetz (eidg. Vorlage)

www.fdp-wohlen.ch